

## **Stadt listet aufgezwungene Kosten auf**

Rat stimmt für „Konnexitätsregister“

Die Stadt Herne wird alle Kosten auflisten, die ihr von Bund, Land und EU aufgebürdet werden, ohne dass sie dafür einen vollständigen finanziellen Ausgleich erhält. Für dieses „Konnexitätsregister“ hat der Rat am Dienstag auf Antrag der SPD/CDU-Koalition einstimmig gestimmt.

Der Haushalt, sagte SPD-Fraktionschef Udo Sobieski, sei zum Großteil durch verpflichtende Leistungen geprägt, gerade mal über ein Budget von 10 bis 15 Prozent könne Herne selbst bestimmen. Er forderte nun Klarheit darüber, was Herne in welchen Bereichen an finanziellen Belastungen aufgedrückt wird: „Wir erhoffen uns dadurch mehr Transparenz und eine Diskussionsgrundlage.“ Gemeint ist: Bürger sollen dadurch ablesen können, dass nicht die Stadt Schuld an der Finanzmisere sei. Außerdem könne den Verantwortlichen so verdeutlicht werden, welche Probleme sie verursachten. Wenn auch andere Städte diese Kosten auflisteten, könne man die Kommunen zudem besser vergleichen.

Der Vorstoß fand Zustimmung – auch bei Linken und Piraten. Ihre Vertreter hoben hervor, dass sie in der Vergangenheit mit ähnlichen Anträgen im Rat gescheitert seien. Es komme eben darauf an, wer den Antrag stelle, kommentierte Grünen-Fraktionschef Thomas Reinke schmunzelnd. Das ließ SPD-Fraktionschef Sobieski nicht gelten: „Politik bedeutet auch, dass sie sich weiterentwickelt.“ M.M.